Abend-Ausgabe.

Berliner Tageblatt.

Nr. 114. Berlin, Freitag, den 7. März 1884. **XIII. Jahrgang.**

Politische Tagesübersicht.

Zur parlamentarischen Situation in Italien nach der Debatte über die Universitätsreform.

(Von unserem Korrespondenten.)

B. **Rom**, 3. März.

Der Entwurf zur Universitätsreform, welchen der Minister Baccelli der italienischen Deputirtenkammer vorgelegt hatte, erforderte eine Generaldebatte von zwanzig und eine Spezialdiskussion von vierzig Tagen. Der Gesetzentwurf gelangte unter doppelt ungünstigen Auspicien an das Haus, erstens weil derselbe in sich eine enorme Anzahl von Gegnern auf allen Parteibänken vorfand, und zweitens, weil sich der Minister Baccelli bei der parlamentarischen Krisis am 19. Mai von seinen politischen Glaubensgenossen, den Ex-Ministern Baccarini und Zanardelli getrennt hatte. Auf diese Weise fand er seine Widersacher nicht allein in der neuen aus jener Krisis entstandenen großen ministeriellen Majorität, sondern auch unter den früheren Freunden, welche sich nachher als historische Linke unter Crispi, Zanardelli, Nicotera, Cairoli, Baccarini vereinigt hatten. Ueberdies rief der Minister Baccelli auch noch die Solidarität des ganzen Kabinets an, welche ihm von Depretis allerdings zugesagt, aber von einem sehr bedeutenden Theil der neuen Majorität absolut mißbilligt wurde. Angesichts dieser Situation wäre es sowohl von Baccelli, wie von Depretis klüger gewesen, nachdem sie am Schlusse der Generaldebatte kennen zu sein, daß sie noch nicht Zeit gefunden haben, sich die Sache zu überlegen. Das rheinische „Weltblatt", die „Köln. Ztg.", begnügten, statt diesen Umarbeitung zurückzuziehen. Aber das geschah nicht: statt dessen lief dagegen, was noch schlimmer war, der Minister Baccelli alle Amendements, welche seinen Entwurf beinahe auf den Kopf stellten, über sich ergehen, so daß, als der letzte Artikel 59 nach vierzig Tagen endlich votirt wurde, das Gesetz ein total anderes geworden war und sich mit dem Entwurf nicht selten im Widerspruch befand.

Auf diese technische Seite der Debatte und des Gesetzes hier einzugehen, ist nicht der Ort, weil wir heute nur die parlamentarischen Folgen im Auge haben, welche die Schlußabstimmung nach einer so endlosen Debatte hervorgebracht hat und noch hervorbringen wird. Als Gesetz hatte der lange Kampf die Vorlage unbestreitig verurtheilt, die Angriffe auf dasselbe waren auf allen Seiten berechtigt, die Vertheidigung schwach. Kein einziger Redner ist ganz für den Entwurf eingetreten, nicht einmal der Minister selbst. Cairoli versetzte ihm den ersten Todesstreich, indem er die von Baccelli proklamirte absolute wirthschaftliche Unabhängigkeit der Universitäten wieder unter die Kontrole des Parlaments stellte.

Man hatte nämlich in dem Entwurf dem Staate die Dotationen für alle Universitäten ohne Rechnungsablage auferlegt. Crispi, der einzige unter den Führern der Opposition, welcher das Gesetz wenigstens zum Theil vertheidigt hatte, erklärte dasselbe schließlich auch technisch für ein schlechtes. Bonghi, der frühere Unterrichtsminister der Rechten, stand vierzig Tage mit großer Beredsamkeit auf der Bresche, um gerade den technischen Theil, den auch Crispi getadelt hatte, zu bekämpfen. Ein früherer Unterrichtsminister der Linken, Coppino, zeigte sich dem Entwurfe ebenfalls feindlich. Der Minister mußte sich aber außer dem Cairolischen Artikel auch eine vollständige Umwandlung der Paragraphen über die Staatsexamina gefallen lassen und obendrein auch den § 106 des Universitätsgesetzes Casati von 1859 durch eine besondere Erklärung ausdrücklich als fortbestehend anerkennen, obgleich derselbe im direkten Widerspruch steht mit dem § 40 seines eigenen Entwurfes, welcher die absolute Unabsetzbarkeit der Professoren sanktionirt, jede Disziplinarstrafe 2c. abschafft, während das Casatische Gesetz z. B. nur solche Handlungen, welche die Professorenwürde beeinträchtigen, sowie revolutionäre Umtriebe vom Katheder, kommunistische Lehren 2c., Verhöhnungen gegen die Religion*) als Grund einer Maßregelung betrachtet und im schlimmsten Falle mit der Absetzung bestrafen kann, was aber in Italien wegen freisinniger Lehren natürlich nie vorgekommen ist.

Alle diese Vorkommnisse stimmten die Kammer immer unzufriedener, die Parteidisziplin lockerte sich noch mehr, als sie es schon war. Dazu kam eine wirklich ernste Krankheit, welche den Ministerpräsidenten ans Bett fesselte. Von seiner am 19. Mai entstandenen Majorität bröckelten fortwährend Leute ab, trotzdem Depretis erklärt hatte: „Wer Baccelli verwundet, verwundet mich!" Kurz, der Unwille saß auf allen Bänken; aus einer technischen Waffe machte man mehr und mehr eine politische; das ministerielle linke Centrum und die Rechte wollten Baccelli um jeden Preis stürzen; die historische Linke wollte dagegen Depretis durch Baccelli demoliren, war aber in ihren Mitteln nicht einig, wie wir dies bereits früher auseinandergesetzt haben. So gruppirten sich alle Gruppen und Parteien; nur die unter allen Ministerien Depretis dem Ministerpräsidenten treu gebliebenen Deputirten stimmten günstig. Das Resultat der geheimen Abstimmung war daher ein klägliches. Der Gesetzentwurf erlangte nur drei Stimmen Majorität, darunter jene der Minister und Generalsekretäre. Die absolute Majorität betrug 140 bei 278 anwesenden Deputirten: es fehlten also bei einem so wichtigen Gesetze 230 Abgeordnete ganz und gar. Für den Entwurf stimmten 143, dagegen 135 Votanten.

Der erste Eindruck dieser Abstimmung war ein überraschender. Viele, welche während der Debatte für das Gesetz gestimmt hatten, hatten schwarze Kugeln in die Urne gelegt. Ein solches Resultat nach einer zweimonatlichen Debatte war wohl geeignet, zu der Annahme zu berechtigen, Baccelli würde sofort persönlich zurücktreten. Zwei Tage hat statt dessen das Kabinet gebraucht, um in drei langen Ministerkonseils zu einem Entschluß zu kommen. Man klammerte sich an die drei Stimmen und hielt eine Krisis für unangebracht. Allerdings bestand Depretis eine Zeit lang darauf, daß, da er die Kabinetsfrage gestellt habe, das ganze Ministerium seine Entlassung nehmen sollte; schließlich kam man jedoch zu dem Entschlusse, weder partiell, noch ganz zurückzutreten, den Kammern auch keinerlei Mittheilungen zu machen und das mit drei Stimmen votirte, aber total abgeänderte, verdorbene und auch ursprünglich mangelhafte Gesetz dem Senat zu übersenden.

Das Kabinet ist aus der Universitätsreform sehr erheblich geschwächt hervorgegangen. Achtzig ministerielle Deputirte haben sich gegen den Ministerpräsidenten aufgelehnt. Am 19. Mai erschien Depretis allmächtig, heute ist er es nicht mehr; ob er die genannten Achtzig wieder versöhnen kann, ist fraglich.

Allerdings hat heute der Ministerrath beschlossen, schon in den nächsten Tagen ein offenes, klares Vertrauensvotum vom Parlament zu verlangen über die innere Politik. Aber stehen sich Majorität und Ministerium heute so gegenüber, wie vor zwei Monaten? Wir zweifeln daran. Uns erscheint die Situation heute wenigstens wesentlich verändert. Wie es scheint, beanprucht Depretis, daß die Majorität nach seinen Ideen regieren soll und nicht er nach jenen seiner parlamentarischen Mehrheit. Ein solches Diktatorenthum kann in Italien nicht dauern; die Rebellion bei der Abstimmung über die Universitätsreform ist ein Beweis dafür. Die Krisis kann daher auch nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben sein und zwar, wie die Umstände gegenwärtig sind, unter weit ungünstigeren Verhältnissen für das Kabinet.

Von der Deutschen Freisinnigen Partei.

Der großen Mehrzahl der Provinzial-Zeitungen scheint die Nachricht von der Verschmelzung der beiden liberalen Parteien zur „Deutschen Freisinnigen Partei" so überraschend gekommen zu sein, daß sie noch nicht Zeit gefunden haben, sich die Sache zu überlegen. Das rheinische „Weltblatt", die „Köln. Ztg.", begnügt sich mit dem tiefsinnigen Satze: „Ob dem Reichskanzler durch die äußerste Linke sympathischer wird, bleibt fraglich." In diesem nüchternen Urtheil scheint sich eine etwas verspätete Nachwirkung des Karnevals wiederzuspiegeln. Die „Elberfelder Zeitung", als Vertreterin der konservativen Richtung innerhalb der nationalliberalen Partei, ist natürlich mißvergnügt darüber, daß man die Nationalliberalen gewissermeise über die Achsel angesehen, und läßt sich ihr Urtheil von ihrem Aerger diktiren.

„Die Fortschrittspartei," sagt sie, „hat es auf nahezu 23. die Sezession auf dreieinhalb Jahre gebracht. Die „Deutsche Freisinnige Partei" wird nicht so alt werden wie der Fortschritt. Sprachlich ein Hiatus (Wie so?) ist sie thatsächlich ein durch die Noth zu Stande gebrachtes Bündniß, nach dem eigenen Wortlaut der Erklärung für „die politische Arbeit in der nächsten Zeit" berechnet. Lange dauern wird dieses Konnubium also nicht. Und wie jede unnatürliche Verbindung wird es Haß hinterlassen. D. h. nach vorgängiger Vernichtung des in der Sezession vorhanden gewesenen Restes nationaler Rücksichten durch den Richterschen Radikalismus."

Der Haß, den die neue Partei angeblich hinterlassen soll, wird jedenfalls nicht größer sein, als der Haß, mit welchem sie bei ihrem Erscheinen von den rechtsnationalliberalen Blättern angezetert wird, die ihr letztes Stündlein schon vorahnend schlagen zu hören glauben. Daß dies nicht allein unsere Meinung ist, sondern auch von ganz entgegengesetzten Gegnern des Nationalliberalismus getheilt wird, mag das Urtheil des „Westfälischen Merkurs" zeigen, der die Lage von seinem ultramontanen Standpunkte folgendermaßen ansieht:

Es liegt auf der Hand, daß bei dieser Lage der Dinge die „Deutsche Freisinnige Partei" den Nationalliberalismus bald abfordiren wird, — soweit man wenigstens die Bevölkerung ins Auge fakt. Allmälig werden sich in Stadt und Land neun Zehntel der nationalliberalen Bürger der „Deutschen Freisinnigen Partei" zuwenden, aber die nationalliberale Fraktion wird in Trümmer gehen. Einige Abgeordnete werden nach links, andere nach rechts abgehen, und dem Reste werden die Wähler die Mühen der parlamentarischen Arbeit abnehmen. Um diese Entwickelung der Dinge vorauszusehen, bedarf es keiner Prophetengabe, sondern nur der gewöhnlichen Kenntniß der einschlägigen Verhältnisse.

Es ist dies, wie man sieht, genau das nämliche Urtheil, welches wir in unserem heutigen Leitartikel über das Schicksal der nationalliberalen Partei abgegeben haben. Daß das ultramontane Blatt im Uebrigen gegen die neue Partei eingenommen ist, kann weiter nicht Wunder nehmen, denn die „Freiheit", welche der Ultramontanismus auf sein Panier geschrieben, ist wesentlich etwas Anderes als die „Freiheit", die das Ideal liberaler Männer ist. Es ist daher nur natürlich, wenn der „Westfäl. Merkur" erklärt:

Wir Katholiken sind keine Gouvernementalen und wollen nicht mit der Regierung „durch Dick und Dünn" gehen, aber zu dieser neuen Parteigründung können wir absolut keine Sympathieen hegen. . . . Wappnen wir uns daher gegen diesen heimtückischen und so geheimnißvoll geplanten Vorstoß der feindlichen Mächte; die Gefahr ist nicht gering zu schätzen, denn auch die Linksliberalen werden bald (wie wir) es erfahren, daß Einigkeit stark macht.

Wir hören hier nur die Worte heraus, daß auch die neue Partei gar bald wie das Centrum die Erfahrung an sich erproben werde: „Einigkeit macht stark!" Solch eine Prophezeiung, von einem Gegner ausgesprochen, ist ein gutes Vorzeichen; möge der Liberalismus sie beherzigen, dann wird sie auch zur Wahrheit werden. Höchst interessant ist eine Aeußerung im Leitartikel der Münchener „Neuesten Nachrichten" vom 7. d., der geschrieben war, ehe das Blatt von der vollzogenen Vereinigung Kenntniß hatte. Es heißt darin:

Noth thut vor Allem die Einigkeit auf liberaler Seite. Wir stimmen vollkommen den Worten bei, welche die „Nation" dieser Tage schrieb: „Es gilt, das wankend gewordene Vertrauen der Wählerschaft durch ein festes Auftreten wieder zu gewinnen. Die Zusammenschließung aller thatkräftigen Liberalen zu einer Partei ist unseres Erachtens die Vorbedingung für eine derartige veränderte Stellungnahme. Diese Einigung ist heute nothwendiger und zugleich leichter zu bewirken, als je früher.

Ja, Einigkeit macht stark! Unter diesem Motto bespricht auch die „Breslauer Zeitung" die Parteiverschmelzung in durchaus zustimmendem Sinne, und in gleicher Weise äußern sich die „Danziger Zeitung", die „Posener Zeitung" und die „Ostsee-Zeitung", während die „Magdeburgische Zeitung" bis jetzt noch unschlüssig scheint, wie sie sich zu der neuen Partei stellen soll. Sehr ruhig und kühl, aber richtig und durchaus sympathisch, urtheilt die „Weser-Zeitung":

Indem sich die Fortschrittspartei unter die Führung v. Stauffenbergs, dieses gemäßigten und den Nationalliberalen sympathischen Mannes stellt, verräth sie, daß auch sie etwas gelernt hat; sie streckt den Nationalliberalen die Hand entgegen, und wir hoffen dringend, daß die letzteren sie nicht von sich stoßen. Es wird eine Diagonale der Kräfte gefunden werden müssen, und wenn sich die Nationalliberalen an der Vereinigung betheiligen, so sind sie im Stande, die Diagonale weiter nach rechts zu verlegen, als es ohne sie geschieht. In dem veröffentlichten Programm werden die Nationalliberalen keinen anstößigen Punkt entdecken. Die Nationalliberalen haben es in der Hand, die Partei wieder auf 160 Mitglieder zu bringen, und da ein geschlossenes Operiren fortan von der gesammten Lage erzwungen werden wird, so kann endlich unser zerfahrenes Parteiwesen wieder in geordnete Bahnen gebracht werden.

Damit sei es der Auszüge aus den Urtheilen liberaler Blätter genug. Daß die konservative Presse sich zweifelnd und mißvergnügt auf die Seite stellt, kann uns nur recht sein. So lange an die Vereinigung nicht zu denken war, gaben die Konservativen den Sezessionisten oft genug den Rath, sich der Forschrittspartei anzuschließen; nun ihr Rath befolgt ist, scheint es ihnen wieder nicht recht zu sein. Das haben sie sich freilich nicht gedacht, daß die Einigung so schnell zu Stande kommen würde.

* * *

* Wie die außerdeutsche Presse die neue Parteiverschmelzung ansieht, darüber liegt uns zunächst nur aus Oesterreich eine Mittheilung vor. Aus Wien nämlich meldet uns ein Privat-Telegramm unseres dortigen ○-Korrespondenten, daß die Bildung der „Deutschen Freisinnigen Partei" von den Wiener liberalen Blättern freudig begrüßt und mit Salisburys bekanntem Worte als „frohe Botschaft" gefeiert wird.

* * *

* Ueber einige Punkte der inneren Organisation der Deutschen Freisinnigen Partei giebt die neueste Nummer des Reichsfreundes näheren Aufschluß. Wir theilen daraus das Folgende mit: Der engere geschäftsführende Ausschuß wird zunächst aus vier Mitgliedern der Fortschrittspartei und drei Mitgliedern der liberalen Vereinigung gebildet. Ein Mitglied der Fortschrittspartei führt den Vorsitz in diesem Ausschuß. Auch im Einzelnen sind die Personen, welche in der neuen Partei den engeren und weiteren geschäftsführenden Ausschuß bilden und den Vorsitz im Central-Komitee führen sollen, bis zum 1. April 1886 durch den vereinbarten Entwurf von Uebergangsbestimmungen ernannt. Diese Ernennungen unterliegen noch der Bestätigung der betreffenden Fraktionen. Die bisherigen Geschäftsführer im geschäftsführenden Ausschuß der Fortschrittspartei behalten bis zu anderweitiger Verständigung die Geschäftsführung für diejenigen Kreise, in welchen Mitglieder der Fortschrittspartei gewählt sind, oder mit welchen die Geschäftsführer bisher in Korrespondenz standen. — „Die Parlamentarische Korrespondenz" soll als Organ der neuen Partei für Mittheilungen des geschäftsführenden Ausschusses und Centralkomitees weiter erscheinen. Die Einrichtung der Redaktion wird beibehalten. Die Aktiva und Passiva des Broschürenfonds sollen von der Aktiengesellschaft „Fortschritt" übernommen werden.

* * *

* Die gestrige deutsche Thronrede hat, wie uns ein Privattelegramm aus Rom meldet, dort den besten Eindruck gemacht. Von dem Eindruck in London berichtet uns ein anderes Privattelegramm: Ein der Regierung befreundetes Blatt schreibt, die deutsche Thronrede befriedige desto mehr, je weniger Sensationelles sie enthält. Das Blatt erklärt nebenbei die angebliche schriftliche Tripel-Allianz zwischen Oesterreich, Deutschland und Rußland als unwahr, bestätigt jedoch die „eigenthümliche Annäherung", welche indessen für ganz Europa nur den Frieden bedeuten könne. Der oppositionelle „Standard" meint dagegen: In dieser Tripelallianz könnte ein Punkt kommen, welcher eine aktive Feindseligkeit gegen England bedeuten könnte. Die liberale „Daily News" bespricht nur die ökonomischen und sozialen Vorlagen der Thronrede und findet eine Aehnlichkeit derselben mit gleichen Fällen im alten Rom und dem französischen zweiten Kaiserreiche. — Ein Privattelegramm aus Wien berichtet uns: Der auf die auswärtige Lage bezügliche Passus der deutschen Reichstags-Eröffnungsrede findet in der gesammten österreichischen Presse eine sympathische Aufnahme. Einige Blätter heben wohl hervor, daß Oesterreichs in der Rede nicht besonders gedacht werde, daß dasselbe vielmehr auf gleiche Linie mit Rußland gestellt erscheine, geben sich aber mit der kräftigen Betonung, daß der Friede gesichert sei, zufrieden. Morgen Sonnabend wird übrigens der Abgeordnete Helfy im ungarischen Reichstag die Regierung über die auswärtige Lage und die Rückwirkung des deutsch-russischen Einvernehmens auf das mittel-europäische Bündniß interpelliren.

Eine andere Depesche giebt uns die Aeußerungen der amtlichen „Wiener Zeitung" wieder, welche bemerkt: In den zu erwartenden publizistischen Kommentaren über die deutsche Thronrede werden die über die Beziehungen Deutschlands zum Auslande ausgesprochene hohe Befriedigung und der Hinweis auf die Befestigung der ererbten Freundschaft, welche Deutschland und seine Fürsten mit den benachbarten Kaiserhöfen verbindet, gewiß in hervorragender Weise gewürdigt werden. — Das ministerielle Wiener „Fremdenblatt" bezeichnet die Thronrede als ein Musterstück ernster staatsmännischer Offenbarung; noch niemals habe sich vom Throne herab eine warnende Stimme, durch durchgreifende Reformen den revolutionären Bestrebungen den Boden zu entziehen, eindringlicher vernehmen lassen. Die Lösung aus Parteizwecken oder Kosteninteresse zu verhindern oder hinauszuschleppen, wäre ein Verbrechen, welches sich an der ganzen bürgerlichen Gesellschaft furchtbar rächen würde. Die Worte des Kaisers über die äußeren Beziehungen würden überall den freudigsten Widerhall finden. Durch diese mannhafte, rückhaltlose Erklärung würden zaghafte Befürchtungen und schadenfroh ausgebeutete Unterstellungen wie Laub vom Winde weggeweht werden. — Die „Neue freie Presse" hält es für zweifellos, daß die auswärtige Politik des Fürsten Bismark berechtigt sei, sich selbst ein glänzendes Zeugniß auszustellen.

* * *

* Von gouvernementaler Seite schreibt man uns: Wenn man eine Zeit lang annahm, daß der amerikanische Gesandte Mr. Sargent in Folge seiner schiefen Stellung hier bald abberufen werden würde, so verlautet, daß daran nicht zu denken sei vor der Nominirung des neuen Präsidenten. Nach des letzteren Regierungsantritt dürfte jedoch die diplomatische Karriere des Mr. Sargent noch nicht zu Ende sein; der im Westgebiete der Union

---

*) Die Diskussion über Religion in jeder Richtung wurde durch den Artikel 2 des Garantiegesetzes ganz frei gegeben. Uebrigens hat das Casatische Gesetz, welches vor der Gründung des italienischen Königreiches erlassen wurde, nur in Piemont und in der Lombardei Geltung. Anm. d. Red.)